

Selbstverständlich europäisch 2026

Souverän, kooperativ, ambitioniert: Erwartungen an die deutsche Europapolitik

Die Europäische Union (EU) steht vor richtungsweisenden Aufgaben: Sie muss ihre Industrie von heute wettbewerbsfähiger machen und in die Technologien von morgen investieren, ihre Verteidigungsfähigkeit stärken, den langfristigen Haushalt aufstellen, neue Partnerschaften schließen und den Kampf gegen den Klimawandel voranbringen. Deutschland kommt bei der Umsetzung dieser Aufgaben eine zentrale Rolle zu. Die Bundesregierung hat den Anspruch formuliert, in der EU eine starke Führungsrolle zu übernehmen. Doch wie sehen die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands die Rolle ihres Landes in der EU? Wo liegen aus ihrer Sicht inhaltliche Prioritäten? Die vorliegende Studie hat das Ziel, eine empirisch fundierte Debatte über die Zukunft der deutschen Europapolitik zu fördern. Durch ihren Langzeitcharakter dient sie als Referenz für ihre Ausrichtung und liefert Kontext und Orientierung für die Gestaltung europapolitischer Maßnahmen.

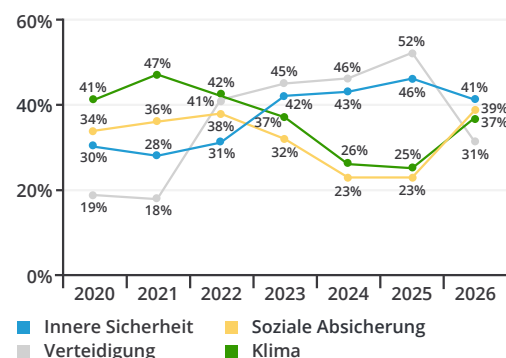
von Dr. Maria Skóra und Georg McCutcheon

Die wichtigsten Ergebnisse der repräsentativen Umfrage¹

- Vorteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen; EU-Ebene kann Krisen lösen:** Die Einstellung der Befragten zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands bleibt mehrheitlich positiv. Eine solide Mehrheit (63%) sieht eher Vorteile als Nachteile. Nach Ansicht der Befragten können aktuelle Krisen eher auf EU-Ebene (54%) als auf nationaler Ebene (38%) gelöst werden. Dies gilt für alle Politikfelder (mit Ausnahme der Wirtschaft mit 35%): Klima- und Umweltschutz (65%), Verteidigung (63%), Außenpolitik (59%), Migration/Asyl (57%) und Digitales/KI (52%).
- Aktives Auftreten gewünscht; Mehrheiten für Kompromisse und Vorreiterkoalitionen:** Die Befragten sind mehrheitlich davon überzeugt, dass sich die Bundesregierung in der EU eher aktiv (68%) verhalten sollte. 59% befürworten zudem, dass gemeinsame Entscheidungen für ein starkes Europa getroffen werden sollten, auch wenn Deutschland dafür Kompromisse eingehen muss. 72% befürworten die Möglichkeit von Vorreiterkoalitionen bei Veto-Blockaden.
- Neue Prioritäten für zusätzliche EU-Investitionen: Verteidigung sinkt; Klima und soziale Absicherung steigen:** Obwohl die Höhe des deutschen Beitrags zum EU-Haushalt skeptisch gesehen wird, befürworten die Befragten mehr

gemeinsame Ausgaben in konkrete Politikfelder – v. a. in die innere Sicherheit (41%). Die Präferenz für zusätzliche Verteidigungsausgaben ist von 52% (2025) auf 31% gesunken; die für soziale Absicherung (von 23% auf 39%), Klima- u. Umweltschutz (von 25% auf 37%) hingegen gestiegen.

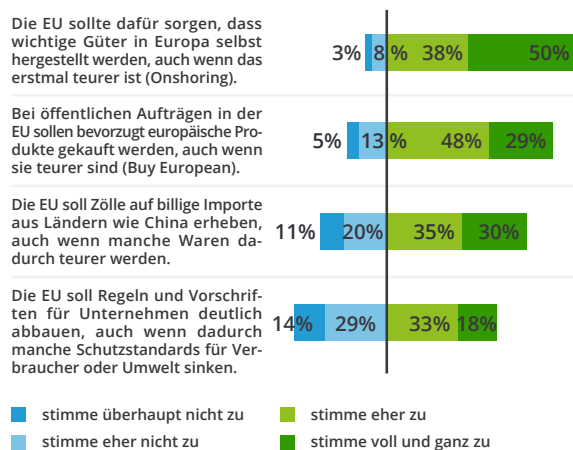
Abbildung A: In welchen dieser Bereiche würden Sie es begrüßen, wenn Deutschland und die anderen Mitgliedsstaaten in der EU mehr Geld ausgeben würden?



- Mehrheit gegen Lockerung der Klimaziele:** Eine Mehrheit von zusammen 62% fordert, dass sich die Bundesregierung in Brüssel für das Festhalten an den EU-Klimazielen einsetzt (36%) oder noch ambitioniertere Ziele verfolgt (26%). 33% der Befragten hingegen wünschen sich eine Lockerung der EU-Klimaziele.

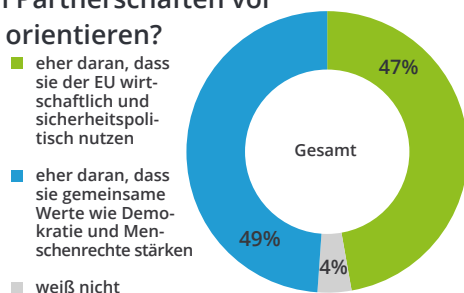
- **Rückhalt für Maßnahmen zur Stärkung europäischer Industrie trotz Kosten:** Es gibt eine hohe Zustimmung für industrie- oder handelspolitische Instrumente, die die europäische Wirtschaft stärken und eigenständiger machen sollen: 88% befürworten *Onshoring* trotz höherer Kosten, 77% einen *Buy-European*-Ansatz und 65% Zölle auf billige Importe aus China. 55% sprechen sich für Bürokratieabbau für Unternehmen aus.

Abbildung B: Wie stehen Sie zu den folgenden Vorschlägen?



- **Unabhängigkeit von den USA gefordert; Befragte uneins zur Grundlage neuer Bündnisse und EU-Erweiterung:** Laut 76% der Befragten sollte Europa unabhängiger von den USA werden und neue Partnerschaften anstreben – 49% zufolge auf Grundlage von Demokratie und Menschenrechten, 47% befürworten eine Ausrichtung auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Nutzen. Eine EU-Erweiterung befürworten nur 40% der Befragten, 49% lehnen dies ab.

Abbildung C: Woran sollte sich die EU bei neuen Partnerschaften vor allem orientieren?



Trends und politische Empfehlungen

- **Kooperative europäische Souveränität aufbauen:** Der Wunsch nach europäischer Souveränität zieht sich als Leitmotiv durch die Ergebnisse (innere Handlungsfähigkeit, Eigenständigkeit der Industrie, Unabhängigkeit von den USA). Die deutsche Europapolitik sollte eine kooperative europäische Souveränität aufbauen, die nicht auf Abschottung setzt, sondern auf diversifizierte, nutzen- und wertorientierte Partnerschaften.
- **Binnenmarkt vertiefen, Europas Industrien stärken:** Die Bundesregierung sollte auf eine EU-Wirtschaftspolitik setzen, die den Binnenmarkt durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Kapitalmarktunion vertieft und die EU-Industrie durch gemeinsame Investitionen und industriepolitische Instrumente stärkt. So wird die EU als kompetente Akteurin zur Lösung wirtschaftlicher Herausforderungen sichtbar.
- **Europas Verteidigungsindustrie integrieren; hohe Kosten und Monopole vermeiden:** Statt nationaler Zielvorgaben und Marktanteilen sollte Deutschland bei der Verteidigung einen klar europ. Ansatz verfolgen – ausgerichtet auf Kosteneffizienz, Interoperabilität und die Vermeidung von Abhängigkeiten, Monopolen und Übergewinnen.
- **Keinen Ambitionsverlust bei den Klimazielen zulassen; soziale Dimension der EU stärken:** Eine klare Mehrheit der Befragten wünscht sich mehr gemeinsame Ausgaben für soziale Absicherung, Klima- und Umweltschutz und unterstützt die EU-Klimaziele. Darum sollte die deutsche Europapolitik die soziale Dimension der EU stärken und die europäischen Klimaziele aktiv verteidigen.
- **EU-Haushalt auf europäischen Mehrwert ausrichten:** Statt der Nettobilanz des EU-Haushalts sollte die Bundesregierung den Nutzen gemeinsamer Investitionen in den Fokus rücken, den Finanzierungsbedarf europäischer Lösungen vermitteln und einen effizienten Mitteleinsatz mit Fokus auf EU-Mehrwert sicherstellen.

¹Für diese Studie hat pollytix strategic research gmbh im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung zwischen dem 27. August und dem 4. September 2026 3.023 Personen online befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren. Der statistische Fehler der Gesamtergebnisse liegt zwischen ±1,1 und ±1,8 Prozentpunkten.